



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3 - 1.9.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Ohne Viermächtekonferenz keine deutsche Einheit	S. 1
Vor dem Gewerkschaftskongreß in England	S. 3
Mißbrauchte Jugend	S. 4

## Der Streit um die Reihenfolge

Von Fritz Erler, MdB

Der Bundestag hat einmütig - natürlich ohne die Kommunisten - beschlossen, daß am Anfang der deutschen Wiedervereinigung freie Wahlen stehen müßten. In dieser Forderung hat sich nichts geändert und kann sich nichts ändern, wenn wir ein freies und kein den Kommunisten ausgeliefertes Deutschland haben wollen. Eine völlig andere Frage aber ist es, was alles von den Besatzungsmächten diskutiert werden muß, damit sie sich über die Durchführung freier Wahlen einigen. Die deutsche Einheit wird es weder auf dem kommunistischen Wege mit den Sowjets gegen die Westmächte geben, noch auf Adenauers Weg nur mit den Westmächten gegen die Sowjets, weil jeder dieser Wege nur über den Krieg zur Einheit und damit zur Zerstörung Deutschlands führen könnte. Die Einheit ist friedlich nur zu erlangen, wenn alle vier Besatzungsmächte ihr zustimmen. Es gibt keinen anderen Weg.

Die Sowjetunion weiß wie wir, daß freie Wahlen das Ende der kommunistischen Gewaltherrschaft in ihrer Zone bedeuten. Sie wird freien Wahlen und damit der Entlassung der Zone aus ihrem Herrschaftssystem nur zustimmen, wenn sie weiß, wohin sie die Zone entläßt. Die Zustimmung ist ausgeschlossen, wenn freie Wahlen an die Bedingung der Zugehörigkeit ganz Deutschlands an die EWG geknüpft werden. Ohne sowjetische Kapitulation ist die Verwandlung der jetzigen Sowjetzone in ein strategisches Aufmarschfeld einer amerikanischen beherrschten

Militärallianz nicht zu erlangen. Kapitulationen folgen auf den Krieg nicht umgekehrt.

Die Viermächtekonferenz wird also auch den künftigen militärischen Status ganz Deutschlands diskutieren müssen, wenn sonst keine Einigung über freie Wahlen zu erzielen ist. In welcher Reihenfolge die Probleme auf der Konferenz diskutiert werden, ist völlig nebensächlich. Ergebnisse sind erst dann erzielt, wenn die vier Mächte über alle zusammenhängenden Fragen einig geworden sind. Entscheidend ist, daß dann die Durchführung der Beschlüsse mit freien Wahlen beginnt. Schon vor Monaten hat Erich Ollenhauer im Bundestage ausgeführt, daß es nicht auf die Reihenfolge der Diskussion, sondern der Aktion ankomme. Deshalb sollte der Notenkrieg über die Tagesordnung unverzüglich beendet und endlich zur Konferenz verantwortlicher Männer eingeladen werden, die imstande sind, die zweckmäßigste Reihenfolge der Besprechungspunkte persönlich festzulegen.

Aus freien Wahlen gehen die Nationalversammlung und die gesamtdeutsche Regierung hervor, die allein berechtigt ist, Deutschland auf der Friedenskonferenz mit allen früheren Kriegsgegnern zu vertreten. Viermächtekonferenz führt zu freien Wahlen und zu einer deutschen Regierung. Die Friedenskonferenz kommt erst später, und zwar mit der deutschen Regierung als Verhandlungspartner. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel, die in der letzten Zeit allzu oft verwechselt wurden. Daß die Wahlen übrigens keine so lange Vorbereitungszeit brauchen, wie man früher annahm, hat der 17. Juni bewiesen. Natürlich müssen die nötigen Garantien für Freiheit vor, während und nach der Wahl gesichert sein.

Der Friedensvertrag kommt nur zustande, wenn die beteiligten Mächte, auch Deutschland, ihm zustimmen. Auf der Friedenskonferenz gibt es ja keine Mehrheitsbeschlüsse. Ihre Aufgabe ist es, z. B. die sehr dornigen Grenzfragen zu behandeln. Es wäre völlig verfehlt, damit die Viermächtekonferenz zu belasten. Wer jetzt diese Fragen aufwirft, gefährdet damit das Zustandekommen oder den Erfolg einer Viermächtekonferenz über die Wiedervereinigung zunächst der vier Besatzungszonen. Man kann den fünften Schritt nicht vor dem ersten tun. Sonst erreicht man gar nichts.

Die Einigung der vier Mächte über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland ist auch nur ein Provisorium. Es wird abgelöst durch den Friedensvertrag, der unter Mitwirkung und mit Zustimmung der frei gewählten deutschen Regierung den endgültigen Status des vereinigten und mit seinen Nachbarn wieder in normalen vertraglichen Beziehungen lebenden Deutschland festlegt. Dieser Gedanke enthält für keinen der Beteiligten ein Risiko; denn die friedensvertragliche Regelung wird die vorläufige erst dann ablösen, wenn alle damit einverstanden sind - auch Deutschland. Der Weg dahin führt aber nur über eine Viermächtekonferenz, ohne die es keine freien Wahlen geben wird.

So schließt sich der Ring. Für ganz Deutschland führt der Weg erst dann ins Freie, wenn es sich eine Regierung wählt, die entschlossen die Viermächtekonferenz will und nicht - wie Bundeskanzler Dr. Adenauer es tut - ihr Scheitern erwartet, damit man "der Welt die Augen darüber öffne, daß man mit der Sowjetunion nicht verhandeln könne". Wir wollen die Konferenz nicht, damit sie scheitert, sondern, damit sie Erfolg hat.

Der britische Gewerkschaftskongreß

F.S. - London

Wenn am kommenden Montag in Douglas auf der Isle of Man der 85. "Trade Union Congress" eröffnet ist, werden die Delegierten 6 1/2 Millionen männliche und 1 1/2 Millionen weibliche Mitglieder vertreten. Regierung und Parlament, Arbeitgeberverbände und die Aufsichtsbehörden der sozialisierten Industrie werden sich später mit den Problemen auseinandersetzen, die dieser Kongreß behandelt. Und seine Beschlüsse werden auch die Jahresversammlungen der Labour Partei und der Konservativen beeinflussen, die am 28. September und am 8. Oktober beginnen.

Auch der für diesen Kongreß bestimmte Bericht des Generalrats zeigt, daß sich der Rahmen, der sein Tätigkeitsgebiet umfaßt, von Jahr zu Jahr erweitert. Politische und gewerkschaftliche Beziehungen auf internationaler Grundlage, wirtschaftliche und soziale Beeinflussung auf nationaler Ebene haben die britischen Gewerkschaften so in den Mittelpunkt gestellt, daß sie heute eine aktive und entscheidende Macht in der Entwicklung der Nation und jedes einzelnen ihrer Angehörigen ausüben. Es wiegt daher doppelt schwer, wenn der sehr vorsichtige und zurückhaltende Generalrat der Gewerkschaften im Beginn seines "Report" Kritik an der Regierung übt und feststellt, daß es ihr nicht gelang, "in den ökonomischen Schwierigkeiten, in denen sich die Nation befindet, eine positive und lebendige Rolle zu spielen". Der einflußreiche Metallarbeiter-Verband geht in seiner Kritik noch weiter und beauftragt den Kongreß, eine allgemeine Aktion der Trade Union, Labour Party und Konsumgenossenschaften einzuleiten, "um die baldige Niederlage und Entfernung der Tory-Regierung" zu veranlassen. Man sollte meinen, daß die Regierung eine solche Kritik öffentlich verurteilen würde. Aber mit keinem Wort hat das Kabinett das Recht der freien Meinungsäußerung der Gewerkschaften einzuschränken versucht, die auch in England einen "besseren Bundestag" wünschen.

In viel stärkerem Maße haben auch die englischen Gewerkschaften politische Aufgaben übernommen, während sich die politischen Parteien intensiver als bisher mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigen. So verlangt z.B. ein Antrag der Gewerkschaften den

schnellen Zusammentritt der Vierer-Konferenz, während 30 Anträge zum Labour-Parteitag/<sup>und</sup> zum Sozialisierungsproblem Stellung nahmen und zwar in viel schärferem Maße als die Gewerkschaften selbst.

1952 wurde der Generalrat beauftragt, Richtlinien für die Erweiterung des Nationalisierungsplanes aufzustellen. Er erfüllte diesen Antrag nur teilweise, hat dafür aber durch eine Expertenkommission einen "Zwischenbericht über öffentlichen Besitz" aufgestellt, der als wissenschaftliche Grundlage für den Gesamtkomplex der Nationalisierung zu bewerten ist. In diesem Bericht werden nur die in Groß-Britannien noch im Privatbesitz befindlichen Wasserwerke als sofort nationalisierungsreif angesehen, während von anderen Wirtschaftsunternehmen festgestellt wird: "Es ist im gegenwärtigen Augenblick unmöglich zu sagen, welche Industrien vom öffentlichen Besitz übernommen werden sollen. Nur nach weiteren Untersuchungen unter Berücksichtigung unserer ökonomischen Lage kann hier entschieden werden". Die bisher nationalisierte Wirtschaft, die Bank von England, Luftfahrt, Kohle, Kabel und drahtlose Telegrafie, Kauf und Verkauf von Baumwolle, Elektrizität, Eisenbahn und Gas haben, so stellt der Bericht weiter fest, nur Erfolge gebracht. Trotzdem wird geglaubt, "daß die Struktur bereits nationalisierter Industrien durch gewisse Modifikationen gewinnen würde". Solche Wirtschaftszweige, wie z.B. die Metallindustrie und die Landwirtschaft, die durch Nationalisierung geeignet sind, "den allgemeinen Lebensstandard zu heben", würden die nächsten Gebiete sein, die in naher Zukunft einer eingehenden Prüfung unterliegen würden.

Im ganzen sind es 63 Anträge, die vom Kongreß durchzubekannt sind und in weitem Rahmen zu den ökonomischen, sozialen und internationalen Problemen Stellung nehmen.

+ + +

#### Invasion mißbrauchter Jugend

-dt. - Hannover

Noch sind sich die Männer, die bei Helmstedt an der Abwehr der bisher größten kommunistischen Agenteninvasion maßgebend beteiligt sind, nicht völlig über den Sinn dieser Aktion im klaren. Daß sie bereits in ihren Anfängen gescheitert war, an jenem Freitag abend, da aus dem Interzonenzug D 110 die ersten 50 FDJler mit gefälschten Aufenthaltsgenehmigungen herausgeholt wurden, bestätigt nicht so sehr

die Zahl von rund 3000 Agenten, die in den nächsten Tagen noch geschleppt und größtenteils wieder über die Grenze abgeschoben wurden. Das beweisen noch handfester die rund 20 freiwilligen "Rückkehrer", die durch das Netz geschlüpft waren, am Zielort sich ohne Bundesgenossen sehen und eiligst kehrtmachten, nicht ohne vorher die mitgebrachten 200,-M rasch in Schuhe, Hemden und andere angenehme Dinge zu verwandeln; Dinge freilich, die mit ihrem Auftrag nicht übereinstimmen. 20 solcher "Rückkehrer" wurden am Sonntag aus den ostwärts fahrenden Interzonenzügen geholt.

Niedersachsens Generalstaatsanwalt Dr. Bauer, ein Mann, der sein Amt sehr ernst nimmt, hielt sich den ganzen Tag unter den aus den Zügen herausgeholtten FDJlern auf. Er versuchte tiefer in sie einzudringen, als die Kripobeamten, die nach dem Woher, Wohin und Warum forschen. Dr. Bauer suchte in den Häuflein, die auf dem Bahnhof standen, in der Werkhallen der Helmstedter Maschinen A.G. darauf warteten, dem Richter vorgeführt zu werden, oder in Mannschaftswagen des Bundesgrenzschutzes zur Grenze abgeschoben wurden, bei diesen Menschen suchte der Generalstaatsanwalt, ohne sich zu erkennen zu geben, irgendeine menschliche Regung, die über den politischen Auftrag hinausging. Er fand keine. Er fand verschlossene, verdrossene, noch mehr aber verstockte, verhärtete Mienen und Seelen. Auch auf harmlose, völlig unpolitische Fragen kam die Antwort zynisch, trotzig oder sie kam überhaupt nicht.

Es ist nicht die Blüte der mitteldeutschen Jugend, die sich der SED zur Verfügung stellt. Gäbe es im Norden Niedersachsens nicht das Jugendlager Sandbostel, in dem die mitteldeutsche Jugend auftaucht, die das SED-Regime satt hat, so würde man von der Jugend jenseits der Elbe einen katastrophalen Eindruck bekommen. Die 18- bis 25jährigen, die hier auf dem Bahnhof von Helmstedt, umgeben von scharfäugigen Grenzjägern, auf ihren Koffern hocken und halb herausfordernd, halb schon der nächsten Zukunft entgegenschauen, lassen erkennen, daß der Sowjetisierungsprozeß drüber nicht nur die Fabriken, die Geschäfte, die Verwaltung und die anderen toten Dinge erfaßt hat. Er ist auch an den Menschen nicht spurlos vorübergegangen. Selbst wenn man die auffallend schlechte Kleidung und die jahrelange mangelhafte Ernährung abrechnet, selbst wenn man das Zwielicht einkalkuliert, das immer und überall dort entsteht, wo ein Polizeiapparat gegen eine Gruppe von Menschen,

welcher Gesinnung immer, auftritt, auch dann also, wenn man alle diese Dinge berücksichtigt, bleibt die fatale Erkenntnis, daß es der SED gelungen ist, den ihr genehmen Menschentyp zumindest unter Teilen der Jugend auch äußerlich zu formen.

Die FDJler sollten sich an den Zielorten in Fünfergruppen bei einem Lotsen treffen und dann weitere Instruktionen für die Bundestagswahl abwarten. Daraus ist nun nichts geworden; aber auch wenn es gelungen wäre, die 5000 Agenten, wie beabsichtigt, einzuschleusen, kann man sich auf diese Aktion keinen Reim machen. Die westdeutsche Polizei ist überall in der Lage, den ungestörten Verlauf von Wähler-Versammlungen zu garantieren. Kommunistische Diskussionsredner, soweit sie aufgetreten sind, mußten überall unter den Schutz der Polizei flüchten. Das wäre solchen Lausbuben, wie sie die SED hinüberschicken wollte, nicht besser ergangen. Oder sollte die SED-Führung, wie schon oft, über die wirkliche Stimmung in der Bundesrepublik schlecht unterrichtet sein? Einer der Jungen, der unter dem Propagandamaterial den vollen Wortlaut der letzten Moskauer Deutschland-Note hatte, sagte auf Befragen aus: "Uns ist gesagt worden, diese Sachen seien hier unbekannt". Hat man in Pankow wirklich geglaubt, mit einer SED-Interpretation der Moskauer Deutschland-Politik irgendjemand in Westdeutschland zu verwirren?

Es hat SED-Aktionen gegeben, die weniger weltfremd waren. Es hat wenige SED-Aktionen gegeben, die so großzügig ausgestattet waren, wie diese. Jeder der 5000 Agenten, die in die Bundesrepublik kommen sollten, hatte 200,- $\text{M}$  bei sich, das ergibt eine runde Million, nicht gerechnet die Fahrtspesen, die bei 5000 Mann nicht gering sind. Für eine Million  $\text{M}$  könnte man heute auf dem Weltmarkt ungefähr 800000 kg Schweineschmalz kaufen. Hätte die SED diese 800 to Schmalz unter ihre verhungerte Bevölkerung verteilt, wäre sie zwar auch nicht gefestigter als heute, aber sie hätte einmal wenigstens eine menschliche Regung für ihre Bevölkerung gezeigt. So ist die eine Million nutzlos verpufft. Gäbe es noch eine politisch erwähnenswerte KP im Westen, so hätte die SED mit dieser Aktion den besten Wahlschlager gegen sie geliefert.

---

Verantwortlich: Peter Raunau